Textilbürokratie läßt Streikarbeiten zu!

Schändliche Versuche dem Widerstand gegen Lohnraub zu verhindern — Jagt die Bonzen zum Teufel – Wählt Kampfleitungen – Streikt gegen jeden Pfennig Lohnraub

Die Scharfmacher der Textilindustrie wollen in dem Kampf um den Abbau der Löhne hinter den Scharfmachern der übrigen Industriegruppen nicht zurückstehen. Mit besonderer Rücksichtslosigkeit gehen sie jetzt dazu über, die Löhne der Textilproleten zu senken.

Sie begnügen sich nicht mit dem von ihnen erstrebten Abbau der Löhne auf zentralem Wege, nein, in den letzten Tagen setzen sie ihre Offensive gegen die Löhne in den Betrieben auf [illegible] gesteigert. Kein Tag vergeht, ohne daß nicht aus irgendeinem Betriebe Sachsens die Nachricht kommt, daß die Unternehmer dort die Löhne, Stundenlöhne als auch Akkordlöhne, kürzen.

Vor einigen Tagen gab die Textilfirma Käbke, Göppersdorf, [illegible] bekannt, daß eine Lohnkürzung bis zu 34 Prozent [illegible] wird.

In Wirklichkeit aber beträgt diese Lohnkürzung 41 teilweise [illegible] Prozent, weil diese Lohnkürzung auf den Akkordlohn umgerechnet, sich in dieser Höhe auswirkt.

Die reformistischen Bonzen erklären in der Belegschaftsversammlung, daß man nicht streiken dürfe, sondern abwarten müsse, der Schiedsspruch gefällt sei.

Daß die Textilarbeiterbürokratie gar nicht daran denkt, nach dem Schiedsspruches etwas dagegen zu unternehmen, erhellt aus einer Aeußerung des Textilarbeiterbonzen Härtel in Betriebsratssitzung der Spisa-AG in Elsterberg i. Vogtl., der hier erklärte, daß die Textilarbeiter auf jeden Fall mit einem Lohnabbau rechnen müssen. In dieser Sitzung wurde aber auch gleichzeitig festgestellt, daß die vorstehend genannte Firma während des Streiks der Bemberg-Arbeiter Aufträge von der Bemberg-AG übernommen habe, wovon die Reservisten unterrichtet waren.

Offener kann die Textilbürokratie ihre Verbundenheit mit dem Unternehmertum und ihre streikbrecherische Rolle, die sie auch in dem bevorstehenden Textilarbeiterkampf spielen wird, nicht zum Ausdruck bringen.

Es kann gar kein Zweifel daran bestehen, daß der Textilschiedsspruch, der heute Montag gefällt werden soll, sich in der Richtung des von den Unternehmern geforderten Lohnabbaues bewegen wird. Die Textilarbeiterbürokratie wird dann erklären, daß man „im Augenblick nicht kämpfen kann".

Textilarbeiter! Jetzt gilt's! Der Kampf gegen ein solches Kulidasein, wie man es euch jetzt aufzwingen will, ist das Gebot der Stunde!

Wer heute noch auf die Gewerkschafts„führer" vertraut, der ist schon von vornherein um seinen Lohn gebracht. **Die Textilarbeiterschaft wird nur unter Führung der RGO den Angriff der Lohnräuber zurückschlagen können. Der Lohnraubschiedsspruch muß durch den Massensturm der Textilarbeiter beseitigt werden!**

„Selbstgewählte Arbeitslosigkeit"

So verhöhnt das Ausbeutergesindel erwerbslose Arbeiter — Antwortet durch Massenaufmarsch am 25. Februar

Die Deutsche Bergwerkszeitung schreibt in ihrer Ausgabe vom 7. Februar, daß die Belegschaft der Hütte Ruhrort-Meiderich den Dreißigprozentigen Lohnabbau ablehnte und nun auf die Straße geworfen wird, ist „selbstgewählte Arbeitslosigkeit" [illegible]. Das Scharfmacherorgan treibt es so weit, daß es den Entzug der Arbeitslosenunterstützung für die aufs Pflaster geworfenen 7000 Arbeiter und Angestellten fordert. Weiter schreibt das Blatt:

„Da es in der Hand der Belegschaft selbst stand, sich die Arbeitsstelle zu erhalten oder nicht, ist sie es letzten Endes auch selbst, die die Kündigung gegen sich und damit ihre eigne Arbeitslosigkeit bewirkt hat. Wenn der Durchschnittsdeutsche der Vorkriegszeit erlebt hätte, daß in einer Notzeit ohne-

[illegible] öffentliche Mittel dazu herangezogen worden wären, um die Folgen einer selbstgewählten Arbeitslosigkeit abzuhelfen, dann würde er der Gesundheit seiner 5 Sinne mißtraut als so etwas für möglich gehalten haben."

Was soll man auf solche Unverschämtheiten sagen? Da bleibt es als Antwort nur die Verschärfung des Kampfes, um dem frivolen Kapitalistenpack sobald als möglich die Verfügung über die Produktionsmittel zu entwinden. Die Eisenbahner der nordwestlichen Gruppe gehören zu den Monopolisten, die, um ihre unverschämten Profite weiterhin einstecken, die Preise künstlich hochtreiben, die Produktion einschränken und hunderttausende und Millionen Arbeitsloser auf die Straße werfen. Die Lager und Speicher sind mit Lebensmitteln und anderen Waren vollgestopft und anderseits hungern Millionen Arbeitslosen, denen die Eisenbahner auch noch die erbärmliche Arbeitslosenunterstützung rauben wollen. Allerdings müßte man an Gesundheit seiner 5 Sinne mißtrauen, wenn man es für möglich halten wollte, daß das werktätige Volk diesem mörderischen kapitalistischen Wahnsinn untätig zusehen würde.

Die Bergwerkszeitung verlangt schließlich Anwendung des Artikels 48, um überall, trotz laufender Tarifverträge, den Lohnraub durchzusetzen. Nun, die Metallarbeiter der nordwestlichen Gruppe wissen, daß sie sich unmittelbar gegen einen zweiten unerhörten Lohnraub zur Wehr setzen müssen und auch die frivole Sprache der Deutschen Bergwerkszeitung soll dazu ausgenutzt werden, um die Arbeiter unter der Führung der RGO zum Kampf gegen die Lohnraub-Offensive, zum Kampf für den Siebenstundentag mit vollem Lohnausgleich zu mobilisieren.

Werbe-Kundgebung der RGO

Nächsten Freitag, 20. Februar
Beginn für Erwerbslose 15 Uhr
und für die Vollarbeiter 20 Uhr
mit dem gewaltigen Russenfilm

Kanonen und Traktoren

Arrest über das Vermögen des Konsums Gotha

Der Versuch Aufsichtsratsposten zu kaufen gescheitert / Einmütige Zurückweisung durch die Funktionäre / Kämpft gegen die reformistischen Spalter

Die GEG hat bei der Uebernahme der Gothaer Genossenschaft durch die Opposition einen Arrest über das Vermögen des Konsumvereins verhängt, um sich so ihre Forderung zu sichern. Weil bis zum 6. Februar Zahlung von 70 000 RM in Hamburg nicht eingegangen ist, haben die reformistischen Zentralinstanzen neue Zwangsmaßnahmen durch die GEG angekündigt. Dieser Vorstoß der GEG gegen die Gothaer Genossenschaft ist um so bemerkenswerter, als kurz vorher durch einen GEG-Vertreter dem Vorstand des Gothaer Konsumvereins finanzielle Hilfe für die Genossenschaft in Aussicht gestellt wurde, wenn ein sozialdemokratisches Vorstandsmitglied angestellt und der Aufsichtsrat zur Hälfte mit GEG-Mitgliedern besetzt wird. Wenn die Gothaer Genossenschaft sich unter die Diktatur der reformistischen Genossenschaftsbürokratie stellen ließ, wäre jeder finanzielle Hilfe durch die GEG sicher gewesen.

Die über 600 versammelten Funktionäre der Gothaer Genossenschaft haben in einer Konferenz einmütig dieses Angebot der GEG zurückgewiesen.

Die GEG wollte schon vor der Uebernahme der Genossenschaft durch die Opposition eine halbe Million Mark Kredite auf ein Jahr zinslos zur Verfügung stellen, wenn eine sozialdemokratische Geschäftsleitung eingesetzt worden wäre. Da aber die Mitglieder eine kommunistische Leitung einsetzten, wurden ihr keine Kredite durch die GEG zur Verfügung gestellt, sondern sogar die Warenforderung durch Zwangsmaßnahmen eingetrieben. Mit solchen infamen Methoden arbeitet die sozialfaschistische Genossenschaftsbürokratie gegen die roten Leitungen von Konsumvereinen. So sieht die „Unparteilichkeit" der „neutralen" Genossenschaftsreformisten aus.

In allen reformistischen Konsumvereinen muß die Opposition auf diesen neuen Vorstoß der Reformisten gegen den Gothaer Konsumverein antworten und die Arbeiter zur Verteidigung der roten Konsumvereine gegen die reformistischen Spalter mobilisieren.

Zur Betriebsrätewahl

morgen 17. Februar Einsetzung des Wahlvorstandes

Die RGO zu den Betriebsrätewahlen

Ueber die Bedeutung der roten Betriebsräte für die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung faßte der 5. RGO-Kongreß in der Org-Resolution folgenden Beschluß:

„In der Arbeit der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in den Betrieben sollen die Betriebsräte an erster Stelle stehen. Besonders wichtig ist nach der Ansicht des Kongresses die Schaffung roter Betriebsräte in allen Betrieben und in erster Linie in den Großbetrieben; denn ohne unsere Hegemonie in den maßgebenden Betrieben kann die Mehrheit der Arbeiterklasse nicht erobert werden."

Bei den kommenden Betriebsrätewahlen muß alles darangesetzt werden, um die Direktiven der RGO und ihrer Reichskongresse durch die Mitglieder und Anhänger der RGO in die Tat umzusetzen. In jedem Betrieb rote Einheitslisten!

Lohnrauboffensive der Buchdruckereiunternehmer

6 Prozent Abbau genügt ihnen nicht — 50 Prozent Kürzung der übertariflichen Zuschläge gefordert — Duldet keinen Pfennig Lohnraub!

Die Abendausgabe des Vorwärts vom 12. Februar macht einige wichtige Mitteilungen über die gescheiterten Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium. Demnach wollen sich die Unternehmer mit einer Lohnkürzung von 6 Prozent nicht begnügen, sondern sie haben unter sich vereinbart, die übertariflichen Zuschläge um 50 Prozent zu kürzen. Diese Absichten der Unternehmer zeigen den Buchdruckern, daß sie den Kampf aufnehmen müssen, wenn sie nicht einen ganz ungeheuren Lohnabbau hinnehmen wollen. Je rascher die Belegschaften zum Angriff vorgehen, um so mehr haben sie Aussicht auf Erfolg. Die Belegschaften müssen von den Unternehmern überall die bindende Erklärung abfordern, daß kein Lohnraub durchgeführt wird. Wenn die Unternehmer das ablehnen, so müssen die Belegschaften mit dem geschlossenen Streik antworten. Bei einem entschlossenen Vorgehen der Belegschaften können die unerhörten Pläne der Unternehmer durchkreuzt werden.

Organisiert die Sammlungen für den Streikfonds der Textilarbeiter!

Dafür demonstriert am 25. Februar

Oertliches Kampfprogramm der Erwerbslosen

Nur die Kommunistische Fraktion vertritt die Erwerbslosenforderungen

Kreischa. In der ersten Gemeindeverordnetensitzung ging es lebhaft zu. Ueber 120 Zuhörer waren anwesend. Punkt 1: Neuwahl des Gemeindeverordnetenpräsidiums. Als Vorsteher wurde Mauksch (SPD), als Stellvertreter Gen. Seidel, als Schriftführer Kriegsbeschädigter Eismann gewählt. Genosse Schwierz reichnete mit der bürgerlichen Front ab. Beim Sozialetat wird gestrichen, auf der anderen Seite werden für Polizei, Gummiknüppel und Kirche Millionen hinausgeworfen. Im Schulausschuß verlachte der Bürgermeister die allernotwendigsten Instandsarbeiten abzumärgen, z. B. Abortanlage in der Schule, die schon vor 10 Jahren instandgesetzt werden sollte. Die Schulbänke sind so schlecht, daß sich die Kinder die Kleider zerreißen. Millionen wurden für die Hygieneausstellung bewilligt und praktisch müssen die Kinder aus der Schule bald nach Hause gehen, um ihre Notdurft zu verrichten. Drittens wird Kenntnis genommen von dem erfolglos gewesenen Schritten des Bürgermeisters betr. Aufnahme eines Darlehns von 10 000 RM, was abgelehnt worden ist. Hierzu wird auf Antrag der Erwerbslosen beschlossen, dem zuständigen Ministerium und dem Landtag eine Protestentschließung zu unterbreiten. Eine aus den Gemeindeverordneten Luke (SPD), Seidel (KPD) und Eismann (Kriegsbeschädigter) und 4 Mitgliedern des Erwerbslosenausschusses bestehende Abordnung soll in das Ministerium entsandt werden. Ab 1. Februar gelangen die Wohlfahrtserwerbslosen bei der bisherigen Allgemeinen Ortskrankenkasse zur Versicherung. Damit wird endlich eine bereits vor 6 Monaten durch die KPD-Fraktion und die Erwerbslosen gestellte Forderung erfüllt. Ein Dringlichkeitsantrag der Erwerbslosen gelangte zur Abstimmung und Annahme. In diesem wird gefordert,

a) freie Aussprache der Mitglieder des Erwerbslosenrates bei Vorlagen desselben im Gemeindeverordnetenkollegium. Als sich Genosse M. vom Erwerbslosenrat sofort zum Wort meldet, entfernen sich die bürgerlichen Vertreter unter stürmischen Zurufen der Zuhörer.

Zu b) wird gefordert Erlaß der vom Bezirksfürsorgeverband verfügten Unterstützungskürzung durch die Gemeinde.

c) Zuschlag einer 10prozentigen Erhöhung der gehobenen Wohlfahrtsunterstützung in den Fällen, in denen eine einjährige Erwerbslosigkeit vorliegt.

d) Einleitung von Verhandlungen über Verbilligung von Gas und elektrischem Strom für Erwerbslose; bei Ablehnung der Anträge wird Tragung der Hälfte der Strom- und Gaskosten durch die Gemeinde gefordert.

e) Gewährung einer Beihilfe an Erwerbslose, falls Kinder zur Schule kommen oder solche aus der Schule entlassen werden.

f) Uebernahme der Miete und Heizkosten bei Versammlungen der Erwerbslosen auf die Gemeindekasse.

g) Gewährung von täglich einem Liter Milch auf Gemeindekosten pro Kind der Erwerbslosen.

h) wöchentliche Schlachtungen von Schweinen und Rindern durch die Gemeinde, um verbilligtes Fleisch zur Verfügung stellen zu können.

i) Gewährung einer Heizbeihilfe bis Monat April, Kohle und Holz, je nach Stärke der Familie, mindestens aber 2 Zentner für jeden Haushalt pro Monat.

k) Uebernahme der Kosten für vom Wohlfahrtsausschuß beschlossene, vom Bezirksfürsorgeverband aber abgelehnte Mittel- und laufende Wirtschaftsbeihilfen auf Gemeindekosten.

In nichtöffentlicher Sitzung wurde weiter beschlossen, bei der Ueberlandverkehrsgesellschaft zu versuchen, den Sonntagsfahrtwagenzuschlag von 100 Prozent wieder außer Kraft zu setzen. Dem Verwaltungsausschuß soll ein Verzeichnis der Steuerrückstände vorgelegt werden, um Beschluß über Bestreitung von Steuerrückständen im Interesse des Geldbeutels der Gemeinde fassen zu können. **Die Einwohner von Kreischa fordern wir auf, noch zahlreicher die Gemeindeverordnetensitzungen zu besuchen und sich einzureihen in die Einheitsfront des revolutionären Proletariats! Nur unter dem Druck der mobilisierten Massen der Werktätigen werden die Forderungen des Proletariats durchgesetzt.** (UK 440)

Schwere Niederlage der SPD

Die Erwerbslosen kämpfen mit den Kommunisten

Lungwitz bei Kreischa. Im Dezember hatte die SPD eine Erwerbslosenversammlung einberufen. Zutritt hatten nur Erwerbslose von Lungwitz. Kreischaer sollten nicht zugelassen werden. Zwei vom Erwerbslosenausschuß Kreischa waren doch anwesend; sie sollten aber nicht sprechen. Unter Punkt Allgemeines meldete sich Genosse Schwierz zum Wort. Der Vorsitzende, Schmunzler, wollte den Genossen nicht sprechen lassen und drohte mit Knüppel wegen Hausfriedensbruchs. Zuletzt wollte er den Genossen aus dem Saal befördern. **Doch die Abstimmung ergab 95 Prozent für Genossen Schwierz**, er solle sprechen. Das war eine Ohrfeige für den SPD-Schmunzler.

Am 2. Februar machte SPD-Schmunzler eine zweite Erwerbslosenversammlung. Als Tagesordnung standen Lungwitzer Angelegenheiten. In dieser Versammlung erschienen aber die Genossen Lochmann (Dresden) vom Landeserwerbslosenausschuß und Schwierz und Mitze vom Ausschuß Kreischa. Genosse Lochmann, der Schmunzler schon kannte, wollte zur Geschäftsordnung sprechen. Schmunzler versuchte das zu verhindern. Er drohte, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen. Aber die Erwerbslosen von Lungwitz durchschauten dieses demagogische Spiel der SPD und forderten ihn auf, sein Amt niederzulegen. Schmunzler versuchte nun zu retten, was zu retten war; er schloß die Versammlung. Darauf eröffnete Genosse Schwierz für den Ausschuß die Versammlung. Genosse Lochmann referierte. Dieser zeigte den Erwerbslosen den Weg und forderte zur Wahl eines Ausschusses auf. Schmunzler sprach nun in der Diskussion und stellte die Behauptung auf, daß die SPD seiner Notverordnung zugestimmt habe. Ein junger parteiloser Arbeiter antwortete ihm und zeigte die Verbrechen der SPD auf. Nachdem der neue Erwerbslosenausschuß gewählt worden war, übernahm er seine Funktion. Die Versammlung war eine deutliche Ohrfeige an die SPD. Dies ist ein mächtiger Fortschritt in unserem Gebiet. Es zeigt sich, daß sich die Erwerbslosen einreihen zum Kampf gegen den Faschismus. **Weiter so! Reiht euch ein in die KPD! Rüstet zum Weiterkampftag gegen Erwerbslosigkeit!** (UK 369)

Verantwortlich für Dresden, Ostsachsen und Westsachsen: Otto Gäbel, Dresden; für Sport: Albert Zwicker, Dresden; für Politik, Gewerkschaft, Partei und das Werk Schaffe: Erich Schneider, RGO, Berlin; für Inserate: Wilhelm Schwanke, Dresden; für Druck und Verlag: Deutscher Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden, Schandauerstraße 3.